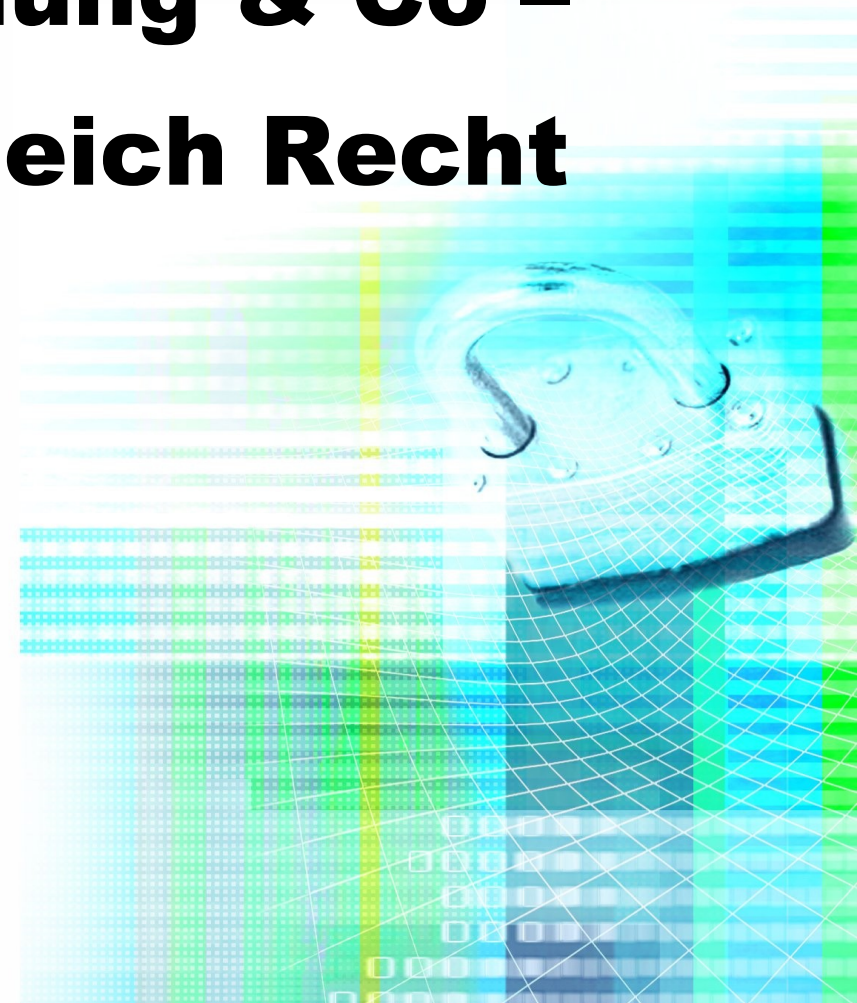


Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchung & Co – Gesetz ist nicht gleich Recht

RA Dr. Jan K. Köcher
Syndikus
DFN-CERT Services GmbH
koecher@dfn-cert.de



„Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.“

- **Seit 9/11 verstärkte globale Entwicklungen zum Präventionsstaat**
 - (Noch) kein Polizei- oder Überwachungsstaat
- **Kennzeichnend: Neugewichtung Verhältnis Freiheitsrechte > Belange der Allgemeinheit**
 - These: *Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit*
- **Gerichte zunehmend als Korrektiv einer überschießenden und schlampigen Regulierung gefordert**

- **Vorratsdatenspeicherung > EuGH, BVerfG**
- **Online-Durchsuchung > BVerfG**
- **BKA als nationale Gefahrenabwehr-Behörde**
- **Fluggastdaten-Übermittlung > EuGH**
- **Bank- / Kreditkartenauskünfte**
- **Automatische Kennzeichenerfassung > BVerfG**
- **Videoüberwachung**
- **Biometrische Erfassung**

- **Seit 1.1.2008 in Deutschland**
- **Speicherung fast sämtlicher Umstände der Kommunikation beim Anbieter für:**
 - Festnetztelefonie
 - Mobiltelefonie
 - Voice-over-IP
 - E-Mail
 - Internet
- **Dauer: 6 Monate**
- **Keine Inhalte bzw. mittelbare Hinweise auf Inhalte**

- **Undifferenzierte Ansammlung von Daten**
- **Vorhandensein weckt schnell weitere Begehrlichkeiten**
 - Verwendung für weitere Zwecke
 - Zusammenführung mit anderen Daten
 - Übermittlung ins Ausland
- **Private Wirtschaft als Erfüllungsgehilfe mit eigenen Interessen**
- **Transparenz und Kontrolle der Arbeit der Ermittlungsbehörden**

▪ Habenseite

- Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Präventiv)
- Eigentumsschutz (Präventiv)
- Effektivität der Strafverfolgung (Repressiv)

▪ Sollseite

- Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit
- Telekommunikationsgeheimnis
- Informationelle Selbstbestimmung
- Meinungsfreiheit
- Presse- und Rundfunkfreiheit

- **BKA-Gesetz:**
 - Verdeckter Eingriff in informationstechnische Systeme
 - Telekommunikationsüberwachung
 - Akustische Raumüberwachung
 - Online-Durchsuchung
 - Online-Überwachung
 - Nur unerlässliche Veränderungen
 - Schutz gegen unbefugte Nutzung
 - Schutz erhobener Daten vor Veränderung, Löschung und Kenntnisnahme

▪ Habenseite

- Gefahr für Leib, Leben, Freiheit
- Gefahr für existenzielle Güter der Allgemeinheit

▪ Sollseite

- Menschenwürde, Kernbereichsschutz
- Pressefreiheit
- Unverletzlichkeit der Wohnung
- Vertraulichkeit der Kommunikation
- Informationelle Selbstbestimmung
- IT-Integrität

- **Superbehörde BKA durch BKA-Gesetz**
 - Aufgabe: Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus
 - BKA bei länderübergreifender Gefahr zuständig
- **Umfassender Befugniskatalog**
 - Online Durchsuchung
 - Umfassend: Datenerhebung und-zugriff
 - Rasterfahndung
 - TK-Überwachung und weitere Maßnahmen
- **Aufhebung der Trennung von Geheimdiensten und Polizeibehörden**

- **Akzeptanz in der Bevölkerung**
 - Akzeptanz ist nicht gleich Zustimmung!
 - Angst, selbst Opfer von Anschlägen zu werden
 - Vermeintlich einfache Lösungen zur Begegnung der Gefahr werden offeriert
 - Dies verschleiert den Blick auf die Zweck–Mittel Relation
 - Auswirkungen dieser Lösungen sind nicht transparent
 - Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten
 - Summarischer Effekt kaum durchschaubar

- **Ängste schüren und Aufrechterhalten**
- **Ständige Wiederholung substanzloser Argumente**
 - *„Anschläge hätten damit verhindert werden können“*
 - *„Datenschutz ist Täterschutz“*
- **Unvollständige Argumentation**
 - **Vorratsdatenspeicherung:** *„Es werden ja nur die ohnehin bisher zu Abrechnungszwecken gespeicherten Daten erfasst“*

- **Demonstration von Entschlossenheit zur Überspielung fehlender Sachkenntnis**
 - Signalwirkung vor Sachgerechtigkeit
 - Politische Entschlossenheit gezeigt, Probleme kommen erst später
- **Einseit. Aufzeigen weiterer positiver Effekte:**
 - Kampf gegen Kinderpornografie
 - Eigene Entlastungsmöglichkeit
- **Letzter Strohalm: Europäische Vorgaben zwingen zur Umsetzung**

- **Verlagerung Gesetzgebung nach Europa**
 - Machtfülle der Exekutive in Kommission und Rat
 - Schwäche des Europäischen Parlaments
 - EuGH als Hüter der Europäischen Grundrechte?

- **Berücksichtigung gesellschaftlicher Gruppen**
- **Große Koalition: Weniger Kompromissbedarf**
 - Verfassungsänderung möglich
- **Gesellschaftliche Kontrolle der Sicherheitsbehörden**

- **Politik sieht sich unter Zugzwang**
 - Durch Ereignisse
 - Durch Erwartungen von Bündnispartnern
 - Durch Forderungen aus den Ermittlungsbehörden
 - Durch die Erwartungshaltung der Bürger an den Staat

Was tun?

- Aufklärung der Bürger über Risiken und Nebenwirkungen erforderlich
- Gegenwehr mit rechtsstaatlichen Mitteln
- Selbstschutz insbesondere bei informationssensiblen Berufsgruppen:
 - Anonymisierungsdienste nutzen
 - Verschlüsselung von Daten und Kommunikation
 - Beispiel Kommunikation: Privacybox
 - Virtuelle Maschinen am Netz betreiben

**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**

RA Dr. Jan K. Köcher
[http://www.dfn-cert.de/
koecher@dfn-cert.de](http://www.dfn-cert.de/koecher@dfn-cert.de)
jan@koecher.net